

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 886846 ppbn d

## Inhalt

41. Jahrgang / 92

16. Mai 1986

Wolfgang Roth MdB zur Durchsetzung des Sanierungskonzeptes für Arbed Saarstahl: Erfolg für die saarländische Landesregierung.

Seite 1

Horst Jungmann MdB zu den sicherheitspolitischen Vorstellungen der CDU: Mit den „Rezepten“ der 50er in die 90er Jahre.

Seite 2

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB zur Erinnerung an Jeanette Wolff, die vor zehn Jahren starb: Der Freiheit eine Gasse schlagen.

Seite 4

Dokumentation  
Der SPD-Europapolitiker Rudi Arndt bekannte, sich in der Kernenergiefrage geirrt zu haben und plädierte in einer Rede vor dem Europa Parlament in Straßburg dafür, den Ausstieg zumindest vorzubereiten. Auszüge

Seite 6

### Sanierungs-Konzept für Arbed Saarstahl durchgesetzt

Stehvermögen und Sachkompetenz führten die saarländische Landesregierung zum Erfolg

Von Wolfgang Roth MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik

Politisches Stehvermögen und wirtschaftliche Sachkompetenz des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, seines Wirtschaftsministers Hajo Hoffmann und seines Bundesbevollmächtigten, Minister Ottokar Hahn, haben sich durchgesetzt. Nach zähem Ringen ist mit der Übertragung der Option von 76 Prozent der Geschäftsanteile an den Treuhänder Manfred Schäfer der Weg frei gemacht worden für das von der saarländischen Regierung erarbeitete Sanierungskonzept.

Voraussetzung war eine Entschuldung des Unternehmens in einem Maße, das ihm die dauerhafte Existenzfähigkeit sichert. Bund, Land und private Banken haben dazu einen ausgewogenen Anteil geleistet. Die übergangsweise Geschäftsbesorgung der Dillinger Hütte und die endgültige Übernahme des Treuhänderanteils durch private Erwerber sind die nächsten Etappen dieses Konzepts.

Die SPD-Bundestagsfraktion dankt Oskar Lafontaine, Hajo Hoffmann und Ottokar Hahn, die diesen Erfolg möglich gemacht haben. Damit sind nicht nur 11.000 Arbeitsplätze unmittelbar und mehrere Zehntausend mittelbar gesichert worden; der Stahlstandort Saarland hat sein traditionelles Gesicht behalten, und seine Menschen können wieder mit Zuversicht und Selbstvertrauen in die wirtschaftliche Zukunft sehen.

(-/16.5.1986/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Prassehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertriebspartner  
mit: Axel-Helm-Rohlfing  
Registrierungs-Punkt



Mit den „Rezepten“ der 50er in die 90er Jahre  

---

Zu den sicherheitspolitischen Vorstellungen der CDU

Von Horst Jungmann MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Der Kongreß der CDU im Konrad-Adenauer-Haus hat für die sicherheitspolitische Diskussion keine neuen Gesichtspunkte gebracht. Deutlich wurde freilich: Die CDU will die Sicherheitspolitik zu einem herausragenden Thema des Bundestagswahlkampfes machen. Die Reden ihrer Sicherheitspolitiker spiegeln die Notwendigkeit wider, die eigene Partei bei der Stange zu halten und sich selbst Mut zuzusprechen. Nur so lassen sich die zum Teil abstrusen Argumente, pauschalen Rundumschläge gegen alles, was gegen die sicherheitspolitische Bunkermentalität der CDU verstößt und die von Selbstgefälligkeit strotzende Bilanz des Verteidigungsministers erklären.

Wer eine nüchterne und selbstkritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen und Perspektiven der Verteidigungs- und Friedenspolitik für die 90er Jahre erwartet hätte, wurde enttäuscht: Obwohl die Probleme der 90er Jahre nicht mit den „Rezepten“ der 50er Jahre zu lösen sein werden, hat die CDU einmal mehr deutlich gemacht, daß sie nicht bereit ist, sich auf die internationale Strategiediskussion einzulassen, sich auch unbequemen Fragen zu stellen und das aufzunehmen, was immer mehr Menschen überall in der Welt fordern: endlich ernst zu machen mit Entspannung, Abrüstung und Ausgleich im Nord-Süd-Konflikt.

Der sicherheitspolitische Maßstab der CDU bleibt der Schulterschuß mit der Reagan-Administration und Ignoranz gegenüber jeglicher Kritik. Dafür werden selbst Positionen in Frage gestellt, die bisher allen Bundesregierungen gemeinsam waren - sei es die Forderung nach einem umfassenden Teststopp oder Fortschritte im Bemühen um Rüstungskontrolle und Entspannung. Die CDU be-teuert zwar, sie wolle „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ - aber wo bleiben ihre Initiativen, wo setzt sie sich dafür ein? Stattdessen wird immer wieder auf den Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses verwiesen und im übrigen gehofft, daß die USA aus einer Position wiedergewonnener Stärke vorzeigbare Erfolge bei der Rüstungskontrolle aushandeln. Die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik - soweit nicht identisch mit denen der USA - spielen dabei kaum noch eine Rolle.

Daß der Verteidigungsminister schon die nachlassende Zahl von Demonstranten als Beleg für seine Erfolge heranzieht, zeigt, auf welch wackeligen Beinen seine Bilanz steht:



- sein Ansehen hat sich seit dem Wörner/Kießling-Skandal trotz martialischen Gehabes nicht wieder erholt; bei einer nach den Bundestagswahlen 1987 vor der Union erhofften Kabinettsbildung wird sein Name auf der Ministerliste fehlen;
- die Bundeswehrplanung für die 90er Jahre wird zur tickenden Zeitbombe: personelle wie finanzielle Vorgaben - die im übrigen auch nach Aussagen des Generalinspektors Altenburg nicht in Einklang zu bringen sind - lassen sich nicht so erfüllen, wie der Minister es zu versichern nicht müde wird;
- nach der nicht nur „unpopulären“ (so Wörner), sondern sicherheitspolitisch unnötigen und in der Bevölkerung nicht nachvollziehbaren Wehrdienstverlängerung zeichnet sich als nächster Schritt die Öffnung der Bundeswehr für Frauen als Lückenbüsser für diese Politik ab.

Hinzu kommen noch diese Minus-Punkte:

- das Frühpensionierungsgesetz erweist sich als Abstimmung mit den Füßen: die qualifizierten Offiziere, die keine Probleme mit einer zivilen Anschlußverwendung haben, verlassen die Bundeswehr;
- die Motivation der Soldaten läßt sich nicht allein dadurch erreichen, daß die Zahl der feierlichen Gelöbnisse verdreifacht und den Soldaten erlaubt wird, in Uniform zu heiraten. Glaubt man den Bedrohungsszenarien des Ministers, wird ihre Einsatzbereitschaft nie ausreichen, um den Frieden zu erhalten und Abrüstungsschritte zu ermöglichen;
- wenn Minister Wörner schließlich sagt, „es gibt kaum ein Gebiet, auf dem die Wende sichtbarer und die Leistungen der Bundesregierung eindeutiger wären“, so hat er sicher - im umgekehrten Sinne - recht: die CDU hat sich aus der sicherheitspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik und in Europa verabschiedet. Der Preis ihrer Verlässlichkeit gegenüber der US-Regierung ist zunehmend Skepsis, ob diese Politik von der Bevölkerung mitgetragen wird.

Die Wähler werden all dies - trotz oder gerade auch wegen dieses Kongresses - zu honorieren wissen.

(-/16.5.1986/rs/ks)



**Der Freiheit eine Gasse schlagen**

Zur Erinnerung an die Jüdin und Sozialistin Jeanette Wolff, die vor zehn Jahren starb

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB  
 Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion  
 Vorsitzende des Arbeitsbereiches Gleichstellung der Frau

Unermeßliches Leid durch Nazi-Terror und unermüdlicher Kampf für Demokratie und Menschlichkeit bestimmte das Leben von Jeanette Wolff. Vor zehn Jahren, im 88. Lebensjahr starb sie, die Jüdin und Sozialistin von Geburt an. Beides erbt sie von ihrem Vater, der ein religiöser Jude und Sozialdemokrat der ersten Stunde war. Der Vater wurde wegen seiner Zugehörigkeit zu den als vaterlandslosen Gesellen verschrienen Sozialdemokraten mit einem Berufsverbot belegt. Er durfte den seiner Ausbildung entsprechenden Lehrerberuf nicht ausüben. So ernährte er seine vielköpfige Familie durch den Handel mit Stoffen, „dem er sich mit großem Fleiß widmete“, wie Jeanette Wolff berichtet. Auch sie, ein hochintelligentes Kind, das als Zehnjährige bereits die Schulfächer unterrichtete und als Schülerin ihre erste, mit einem Goldstück belohnte Geschichte schrieb, durfte nicht das werden, was sie wollte. „Mediziner, Rechtsanwalt oder Jurist“.

Obwohl sie ein Stipendium bekam, hielt ihr Vater es wegen seiner vielen Kinder („und wer weiß wie viele noch kommen“) für unmöglich, daß sie etwas anderes als Lehrerin studierte. Das wollte Jeanette, ältestes von 16 Kindern, nicht. Im Alter von 14 Jahren übersiedelte sie zu gut situierten Verwandten nach Brüssel und machte dort ein Kindergärtnerinnen-Examen. Dort wurde sie 1905 Mitglied der sozialdemokratischen Jugend. Aufgewachsen im katholischen frommen Bocholt erlebte sie die bittere Not der Arbeiterschaft und das soziale Elend der ewig schwangeren Arbeiterfrauen, wenn sie den Wöchnerinnen im Auftrag ihrer Mutter ein viertel Pfund Kaffee, ein halbes Pfund Zucker oder eine Tüte voller Zwieback überbrachte. Geschult in sozialistischer Denkart durch den Vater ergriff sie frühzeitig Partei für die sozial Schwachen und Ausgebeuteten.

Beeindruckt von Jeanettes Engagement wurde ihr Mann - zunächst wohl ihr zuliabe, wie sie anmerkt - ebenfalls Sozialdemokrat und führte als „roter Fabrikant“ bereits 1912 den Acht-Stunden-Tag ein.

Jeanette Wolff blieb auch als Mutter von drei Kindern politisch aktiv. 1918 wurde sie in den Landesvorstand der westfälischen SPD und 1919 als Stadtverordnete in Bocholt gewählt. Im jüdischen Frauenbund war sie seit 1912 tätig. Als Mitglied im Vorstand des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens widmete sie sich frühzeitig dem Kampf gegen den zunehmend stärker werdenden Antisemitismus als Folge der sich in terroristischen Aktionen niederschlagenden aufkommenden Nazi-Ideologie. Durch die Lektüre von „Mein Kampf“ und der NS-Zeitschrift „Der Stürmer“ war sie über Hitlers Rassismus-Theorie und Ausrottungspläne informiert und warnte die Genossen, die dies noch als „Mist“ abtaten von Anfang an.

Im tiefen Bewußtsein eine Deutsche zu sein, die sich durch die Nazi-Horden nicht vertreiben ließ, trat sie in Versammlungen gegen Nazibonzen und deren Verketzerungen des Judentums auf. Am Tag der Reichstagswahl, am 5. März 1933 wurde sie verhaftet und nach erfolglosen Verhören über den Marktplatz geführt. Sie trug ein Schild um den Hals mit der Aufschrift „So geschieht es den Verrätern an der Idee des Nationalsozialismus“. Das war jedoch erst der Vorhof zur Hölle. In dieser Zeit erfuhr die stets hilfreiche Frau freilich auch selber tätige Hilfe von denen, denen sie einst geholfen hatte. In der sogenannten Reichskristallnacht 1938 wurde ihre Wohnung zerstört, ihr Mann ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Die Töchter kehrten aus dem noch sicheren Holland zurück und bezahlten die Sehnsucht nach der Familie teuer: Sie wurden in Zwangsarbeit gesteckt und nach einem Fluchtversuch in das Gestapo-Gefängnis von Münster gebracht.



Doch nie taucht in den Aufzeichnungen von Jeanette Wolff aus dieser Zeit der Gedanke an Emigration auf. Sie blieb und wehrte sich solange sie konnte. Im Januar 1942 wurde die Familie Wolff nach Lettland deportiert. Von der Familie überlebte KZ-Häftling Nr. 51566 Jeanette Wolff mit ihrer jüngsten Tochter das Inferno im Rigaer Getto, in den KZs Kaiserwald und Stutthof und während mehrerer Transportaktionen. Vom eisernen Willen beflügelt zu überleben, „um der Nachwelt vor Augen zu führen, mit welcher Brutalität, ja Bestialität man im Dritten Reich regiert hatte“. Als sie am 2. Januar 1946 in Berlin eintraf, schrieb Jeanette Wolff alles nieder. Sie spießte ihre Peiniger auf, indem sie Namen nannte, damit keiner/keine sich seiner/ihrer Verantwortung entziehen konnte.

Unfaßbar, was ein Mensch, eine Frau wie Jeanette Wolff alles auszuhalten vermochte, ohne zu zerbrechen: die älteste Tochter konnte zunächst einem Todestransport entrinnen, ihre Mutter traf sie ebenso wie ihre jüngere Tochter zufällig nach monatelanger Trennung während eines Schiffs-transportes; ihr dreijähriges, angenommenes Kind hatte sie zu einem Sammelplatz zu bringen, der voller Kinder war „die alle wußten, daß sie einem schrecklichen Schicksal entgegen gingen“; der Mann gefoltert; sie ebenso wie alle Betroffenen hatte die schlimmsten Arbeiten zu verrichten, bei immerwährender Angst, dem nächsten Todeskommando zugeordnet zu werden. Einen Tag, bevor Jeanette und ihre Tochter mit den anderen Frauen erschossen werden sollten, wurden sie von den Russen befreit.

Ausruhen und Aufgeben gab es nicht für diese Frau. Bereits wenige Monate nach ihrer Rückkehr wurde Jeanette Wolff im Oktober 1946 zur Stadtverordneten von Groß-Berlin gewählt. Im Juni 1948 erlebte sie bei Auseinandersetzungen um die politische Aufteilung Berlins erneut politische Gewalt am eigenen Leib. Diesmal durch Kommunisten. Fortan war sie, 1951 in den Bundestag entsandt, eine leidenschaftliche Gegnerin der KPD-Abgeordneten im ersten Nachkriegsparlament, deren Parteilichkeit für die politischen Entwicklungen in der damaligen Ostzone für sie ein Zeichen waren, daß die Kommunisten keine Lehre aus gemeinsamen KZ-Erfahrungen gezogen hätten. Diese moralisch rigorose Position teilte sie mit Kurt Schumacher, der die Partei nach 1945 führte und 1949 die sozialdemokratische Oppositionspolitik maßgeblich bestimmte.

Bis 1961 gehörte Jeanette Wolff dem Bundestag an und wirkte im Gesundheits- und Petitionsausschuß sowie im Ausschuß für Wiedergutmachung. Hier führte sie den Kampf gegen den schnell einsetzenden Prozeß der massiven Verdrängung der er- und überlebten Nazirealität. Sie brandmarkte in eindrucksvoller parlamentarischer Rede die Taktik, mit der die CDU-Regierung die Vorlage eines Bundesgesetzes zur Entschädigung von NS-Opfern hinausgezögert hatte. Bis ins hohe Alter blieb Jeanette Wolff aktiv in der SPD ebenso wie im Zentralrat der Juden, beim Jüdischen Frauenbund und in anderen Organisationen, darunter auch die Arbeiterwohlfahrt. Politik war ihr Leben. Ihr mahnendes Vermächtnis an uns: nie aufgeben und nachlassen in der Arbeit für eine Gesellschaftsordnung, die Menschenrechte und Menschenwürde bewahrt.

„Wir haben die Verpflichtung der Freiheit eine Gasse zu schlagen“, sagte Jeanette Wolff am 24. April 1952 mahnend im Bundestag.

#### Literaturhinweis:

Jeanette Wolff: „Mit Bibel und Bebel“ (1980), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn.

(-/16.5.1986/rs/ks)

\* \* \*

**DOKUMENTATION****Rudi Arndt MdEP: Zumindest den Ausstieg vorbereiten**

Der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Rudi Arndt, hat in der Dringlichkeitsdebatte des Europäischen Parlaments am 15. Mai in Straßburg dafür plädiert, die Möglichkeiten des Ausstiegs aus der Kernenergie zu prüfen und diesen vorzubereiten. Arndt, ehemaliger Minister in Hessen, bekannte zugleich, daß er der „Faszination der friedlichen Nutzung der Kernenergie erlegen“ gewesen sei. Auszüge aus seiner Rede:

„Ich habe als verantwortlicher Minister Atomkraftwerke genehmigt, unter den Genehmigungen steht mit meine Unterschrift. Warum soll man eigentlich nicht zugeben, daß man einmal der Faszination der friedlichen Nutzung der Kernenergie erlegen ist? Daß man einmal die Kernenergie in einer großen Vision als den Weg aus der Ausbeutung des Menschen gesehen hat.

Aber ich bin inzwischen nachdenklich geworden. Da wird gesagt, diejenigen, die für den Ausstieg aus der Atomenergie seien, die würden Politik mit der Angst machen. Ist es eigentlich so schlimm, Angst zu haben? Ich gebe zu, ich habe Angst, ich habe Angst zum Beispiel vor menschlichem Versagen. Immer wieder wird uns in der modernen Technik gesagt, wenn etwas geschehen ist, das sei auf menschliches Versagen zurückzuführen. Die Sicherheitseinrichtungen seien in Ordnung, aber man könne eben das menschliche Versagen nicht ausschalten. Mit der Atomenergie haben wir doch nunmehr eine Technik, bei der das menschliche Versagen von einzelnen die ganze Menschheit zum Verglühen bringen kann.

Über dies neue Verhältnis in diesem ausgehenden 20. Jahrhundert muß man doch nachdenken, man muß doch nachdenken über dies neue Verhältnis, das zwischen Mensch und moderner Technik besteht. Glauben Sie, wir sind als Sozialisten für moderne Technik. Es ist doch unser politischer Traum, daß der Mensch nicht durch die Menschen ausgebeutet werden soll. Wir sind der Auffassung, daß das ein Weg sein muß, daß der Mensch die Maschine beherrscht, die moderne Technik beherrscht und sie für sich nutzbar macht. Aber wie ist es, wenn Gefahr besteht, daß es umgekehrt aussieht? Wie ist es, wenn man an vielen Fällen erkennt, daß unter Umständen eine bestimmte Technik ein Irrweg ist?

Dies ist doch nicht der Augenblick der Rechthaberei. Das ist doch der Zeitpunkt zum Nachdenken. Und für viele zum Umdenken. Ich glaube, daß man, wenn man einmal zurückverfolgt, was in den letzten 20 Jahren von Wissenschaftlern alles gesagt wurde, ernsthafte Zweifel an die Aussagen der Wissenschaftler stellen muß. Da wird zum Beispiel von den Wissenschaftlern gesagt, daß der Modulreaktor - also der Hochtemperaturreaktor - über eine Technik verfügt, die das Durchschmelzen des Reaktorkerns unmöglich macht.

Ich habe diese Wissenschaftler befragt, ob das absolut feststehe, daraufhin antworten sie, nach allem, was wir im Augenblick wissen. Aber, was wissen wir denn nach 20 Jahren Atomtechnik und vor allen Dingen, was wissen wir nicht? Und da wird von der Elektrizitätswirtschaft gesagt, der Druckwasserreaktor mit 1,3 Megawatt läuft seit langer Zeit mit hoher Verfügbarkeit. Aber, stimmt das in allen Fällen? Sind nicht dort auch die Unfälle entstanden?

Oder ich erinnere an die Energieprognosen der letzten 20 Jahre. Da gibt es doch keine Energieprognose der hohen Wissenschaftler, die von heute aus gesehen richtig war. Sie waren falsch. Und wie oft hat man in der Debatte gesagt, wenn wir dieses oder jenes nicht tun, dann gehen die Lichter aus. In Wirklichkeit sind sie nicht ausgegangen, und wir haben im Augenblick insgesamt in Europa gesehen einen Überschuß an Kapazität. ...

Wir haben zwei Gruppen: Die einen, die sagen, alle Kernkraftwerke sofort abschalten, die anderen, bei uns kann das nicht passieren. Beides ist selbstherrlich, weil beides einfach die Realitäten außer acht läßt. Die Mehrheit meiner Fraktion sagt, aussteigen, aber, das wissen wir alle, man kann nicht einfach den Hebel herunterlegen. Sondern wir müssen prüfen, wie ist ein solcher Ausstieg möglich? Bei uns gibt es allerdings auch welche, die sagen, es ist doch möglich, Kernkraftwerke, die wir genehmigt haben, die ausgebaut sind, die jetzt ans Netz gehen sollen, einfach vor dem ans Netz gehen, abzuschalten. Da muß man sich doch die Kosten überlegen. Ich glaube, dies ist alles richtig, dies muß man akzeptieren, da gibt es Unterschiede. Aber man sollte zumindest den Ausstieg vorbereiten. Man sollte ihn prüfen, man sollte prüfen, was ist denn überhaupt möglich. Man sollte versuchen, die Planungen einzustellen. Es ist die Frage, ob die fertiggestellten ans Netz gehen sollen oder nicht.

(-/16.5.1986/rs/ks)

